

Gesundheitskosten steigen moderat weiter

Kostenverteilung Die Massnahmen im Gesundheitswesen zeigen Wirkung: Die Kosten werden vom Staat an die Versicherten weitergegeben und steigen moderat an. Für eine nachhaltige Kostenbremse ist jedoch ein Umdenken aller Beteiligten notwendig.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Das Kostenziel von 2 Prozent wurde nicht erreicht. Das ist die gute Nachricht, die Franziska Frick-Kunz vom Amt für Statistik an der gestrigen Medienkonferenz zu verkünden hatte. Ausserdem haben die Senkungen der Taxpunkt-werte für Physiotherapeuten und Fachlabors dazu beigetragen, dass das Kostenwachstum gebremst werden konnte. Grössere Zunahmen gibt es vor allem bei den Spitalkosten (6,4 Prozent) und den Arzneimitteln zu verzeichnen (3,2 Prozent).

Kostenverteilung vom Staat zum Versicherten

Die Versicherungen generierten 2016 mit einem Prämiensoll von 137,3 Mio. Franken insgesamt 5,3 Prozent mehr Einnahmen über Prämien als im Vorjahr. Pro prämienspflichtige Person werden damit eine Zunahme von 4,5 Prozent und ein durchschnittlicher Betrag von 4190 Franken berechnet. Im zehnjährigen Vergleich werden pro prämienspflichtige Person pro Jahr 6,2 Prozent höhere Prämienrechnungen ausgestellt. Im Gegenzug ist der Staatsbeitrag pro versicherte Person, der sich 2016 auf 1064 Franken belief, mit einer Abnahme von 3,5 Prozent pro Jahr tendenziell rückläufig. Dies illustriert die zunehmende Verschiebung der Finanzierung von Staat auf Private, die 2016 bei 33,8 Prozent staatlichen und 66,2 Prozent privaten Mitteln lag. 2010 bezahlten noch 48,2 Prozent der Staat und 51,8 Prozent die Versicherten.

Nachdem der Staatsbeitrag an die Krankenkassen zwischen 2012 und 2015 sukzessive gekürzt wurde, sanken die Staatsbeiträge von 93,1 Mio. Franken auf 70,7 Mio. Franken. Im Berichtsjahr stiegen nun die gemäss Landesrechnung ausgewiesenen Staatsbeiträge um

0,5 Prozent auf 71 Mio. Franken an. Die steigenden Spitalkosten, die eine Erhöhung der Staatsbeiträge an die Spitäler um 1,7 Prozent auf 24,8 Mio. Franken nach sich zogen, sowie der Mehraufwand für die Prämienverbilligungen sind verantwortlich dafür, dass auch der Steuerzahler mehr Beiträge leistet. 2016 wurde mit einem Gesamtbetrag von 5,7 Mio. Franken 12,8 Prozent mehr für Prämienverbilligungen aufgewendet als im Vorjahr.

Grosses Sparpotenzial durch Generika vorhanden

Mit einem Generika-Anteil von nur 13,4 Prozent an den verschreibungspflichtigen Medikamenten wird gemäss dem Amt für Gesundheit nur knappe ein Drittel des maximal möglichen Anteils von 39,4 Prozent ausgeschöpft. Der Generika-Anteil steigt langsam aber stetig an. Zwischen 2010 und 2016 erhöhten sich der Anteil der Generika-Packungen von 13,1 Prozent auf 18,5 Prozent und der Anteil am Marktpreis von 9,9 Prozent auf 14,7 Prozent. «Es ist zwar un bequem», meint Gesundheitsminister Pedrazzini, «doch es bringt

«Man sollte immer das Generikum verlangen.»

Mauro Pedrazzini
Gesundheitsminister

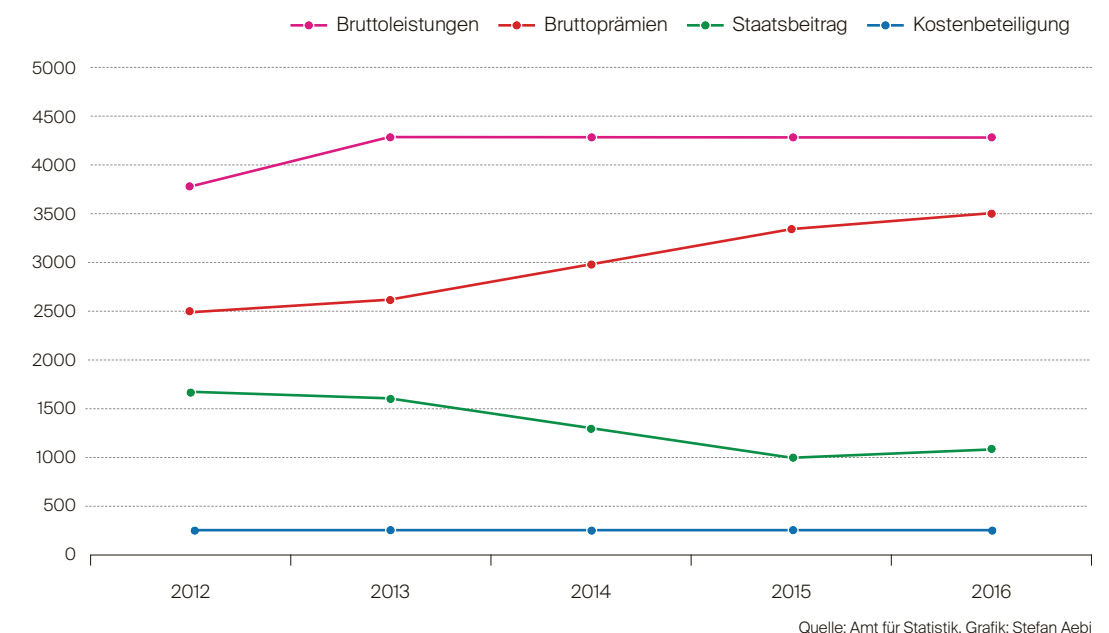


Franziska Frick-Kunz vom Amt für Statistik erläuterte die Details der Krankenkassenstatistik.

Bild: ikr

viel, wenn man beim Arzt gezielt das Generikum verlangt.» Dass der Anteil an Generika nicht höher ist, zeige besonders gut, dass man «in Liechtenstein nicht besonders kostenbewusst unterwegs» ist. Lläuft bei einem Medikament der Patentschutz aus, geben Hersteller in der Regel ein günstigeres Co-Marketing-Präparat heraus, das im Wesentlichen dieselben Inhaltsstoffe hat. Sobald dieses auf dem Markt ist, darf in Liechtenstein das Original nicht mehr abgegeben werden. «Wenn die Konkurrenz Generika herausgibt, die noch günstiger sind, sind die Patienten am Ruder, die dann nach dem günstigsten Präparat verlangen sollten.» 2016 wurden übrigens in Liechtenstein 518 707 Packungen Medikamente verkauft. Das sind 13 Packungen pro Versichertem im Durchschnitt. Der Marktpreis beläuft sich auf 25,4 Mio. Franken.

Kennwerte der OKP pro versicherte Person (in Schweizer Franken)



Arbeitsintensiver Einstieg in die Regierungstätigkeit

Gespräch Im Dialog mit Mitgliedern des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) begaben sich Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch und Regierungsrätin Dominique Gantenbein auf einen Streifzug durch ihre Ministerien und die ersten 100 Amtstage.

Auf der Bühne, stellte der Moderator und LPC-Präsident Peter Rutz eingangs fest, fühlten sich Daniel Risch wie Dominique Gantenbein ja grundsätzlich nicht unwohl. Immerhin seien sie beide Mitglieder einer Band. Das politische Parkett – obschon mit teils neuen Anforderungen verbunden – bildet da keine Ausnahme, wie den Worten der beiden Neo-Regierungsmitglieder nach 100 Tagen in Amt und Würden gestern zu entnehmen war. «Wir sind gut gestartet im Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt», hielt Dominique Gantenbein fest. Sie verfüge über ein tolles Team und die ministerienübergreifende Zusammenarbeit funktioniere ebenfalls gut. Auch Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch, Minister für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport, hat sich in seiner neuen beruflichen Umgebung schon bestens zurechtgefunden: «Wir fühlen uns sehr wohl in der Regierung und im Regierungsgebäude.»

Dass die beiden keine lange Eingewöhnungszeit benötigten,



Peter Rutz (li.) befragt Daniel Risch und Dominique Gantenbein.

Bild: Daniel Ospelt

kam ihnen rückblickend nur zugute. Denn die einstündige Reise, welche Risch und Gantenbein mit den LPC-Gästen durch ihre Ministerien unternahmen, offenbarte eine bemerkenswerte Fülle an politischen Themen, die in den vergangenen knapp drei Monaten schon ihren Weg kreuzten.

Zu Rischs ersten grösseren politischen «Baustellen» gehörte der

Vorschlag zweier Schulprovisorien auf dem Mühleholz-Areal respektive beim Schulstandort Giesen. Die ablehnende Haltung des Landtags, betonte er gestern nochmals, habe ihn nicht überrascht. Aber viel wichtiger als das Abstimmungsergebnis sei für ihn ohnehin gewesen, mit seinem Vorstoss eine Diskussion in Gang zu setzen. Im Bereich Verkehr be-

schäftigten den Regierungschef-Stellvertreter unter anderem der Stadttunnel Feldkirch und der Polit-Dauerbrenner «FL.A.CH» – wobei er seine Skepsis bezüglich einer Realisierung des S-Bahn-Projekts neuerlich betonte. Zuversichtlicher äusserte sich Risch bezüglich der künftigen Frequentierung der Langsamverkehrsbrücke zwischen Vaduz und Buchs: «Bei

neuen Strassen heisst es immer: «Das bringt mehr Verkehr.» Bei Langsamverkehrsbrücken immer: «Da fährt doch niemand drüber.» Dabei beweist die Dampfdruckbrücke zwischen Schaan und Buchs das Gegenteil.»

Eines der zentralen wirtschaftspolitischen Themen in Rischs ersten Amtsmonaten war die Revision des Entsendegesetzes, die im Landtag voraussichtlich im Oktober in 2. Lesung behandelt wird. Eigentlich, so der Wirtschaftsminister, wolle man kein Mehr an Kontrollen. Aber leider könnten die oft propagierten «gleich langen Spiesse» nur durch eine Gesetzesänderung erreicht werden.

Grundlage für Entscheidungen schaffen

Ein Gegenstand, der Dominique Gantenbein praktisch seit ihrer ersten Stunde als Ministerin umtreibt, ist die Übernahme des Schweizer «Lehrplan 21». Besonders viel Beachtung erfährt in der Öffentlichkeit im Zuge dessen

die Frage nach einer Erhöhung der Primarschuldauer von fünf auf sechs Jahre. Doch das, strich Gantenbein gestern heraus, sei eine sekundäre, die Struktur betreffende Fragestellung. Zunächst gelte es, eine bildungsstrategische Grundlage zu schaffen, auf deren Basis dann solche Entscheidungen getroffen werden könnten.

Bezüglich der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens erklärte die Umweltministerin, dass Liechtenstein auf drei Ebenen – EWR-Richtlinien, Zollvertrag mit der Schweiz und nationaler Bereich – gefordert sei. Hinsichtlich eines anderen umweltpolitischen Themas, das in ihrer noch kurzen Amtszeit hohe Wellen schlug, – die Biberproblematik – soll schon in Kürze ein wichtiger Schritt vollzogen werden: «Ich hoffe, dass die finale Version des Biberkonzepts noch vor der Sommerpause in einer Regierungssitzung behandelt wird.»

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li